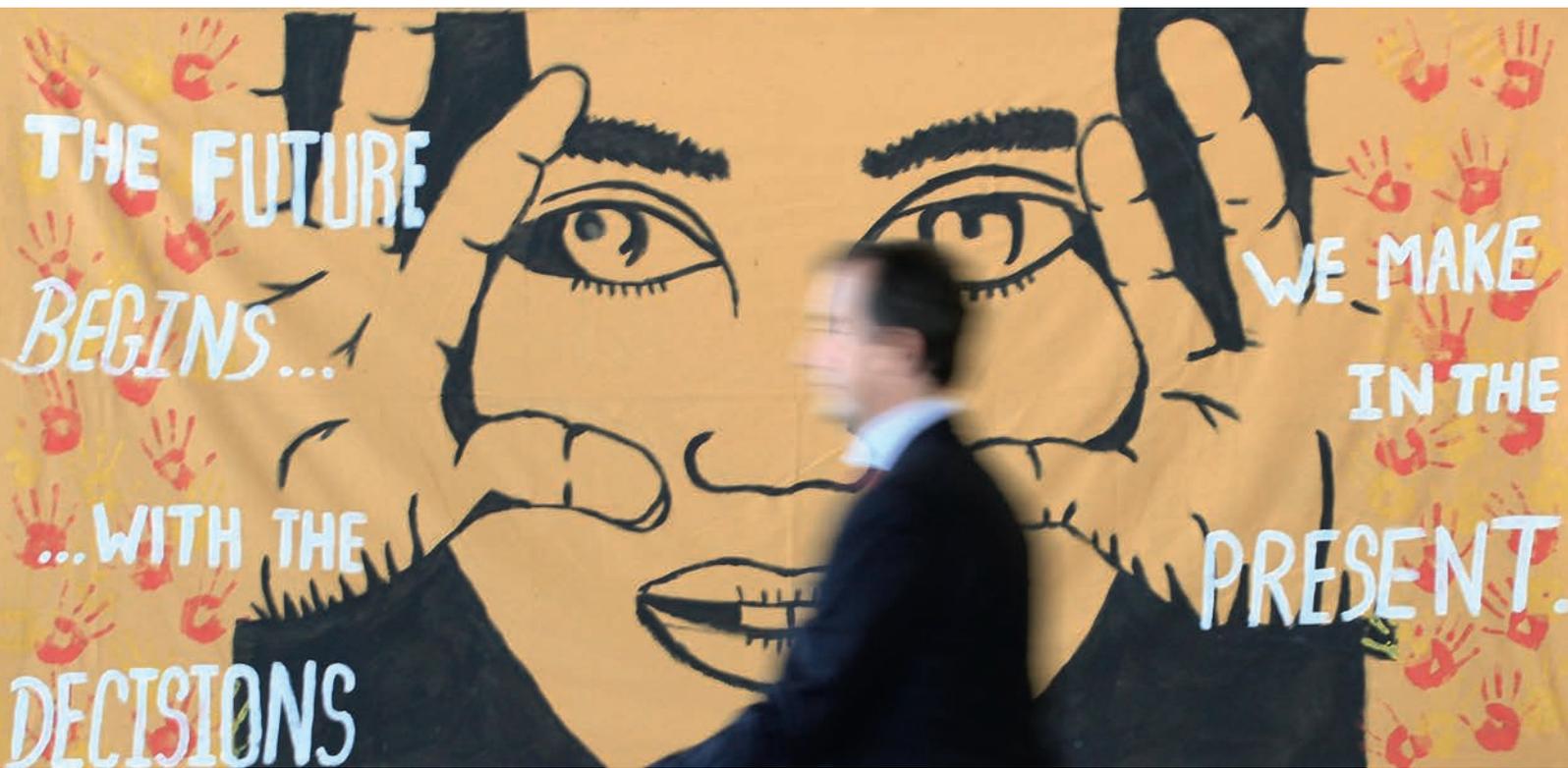


125 Jahre demokratischer Kampf für den Frieden

www.ipu.org



Inter-Parliamentary Union
For democracy. For everyone.



THE FUTURE

BEGINS...

...WITH THE

DECISIONS

WE MAKE

IN THE

PRESENT.

Die Interparlamentarische Union: gestern, heute und morgen

Ein Raum für Dialog für alle nationalen Parlamente

Die Interparlamentarische Union (IPU) ist seit jeher etwas Einzigartiges. Das Streben nach Frieden durch Dialog zieht sich wie ein roter Faden durch ihre Geschichte.

Sie war von Anfang an als offenes Forum konzipiert – als ein Ort, an dem sich Parlamentarier verschiedener politischer Parteien aus verschiedenen Ländern treffen und den Meinungsaustausch pflegen können. Die daraus resultierende politische Vielfalt ist das Merkmal, das diese Organisation von allen anderen unterscheidet.

Die Mitglieder können sich frei und ohne protokollarische Zwänge mit ihren Kollegen austauschen und nach Wegen zur Überwindung bilateraler Streitigkeiten suchen. Die IPU hat häufig bewiesen, dass der Dialog auch zwischen zwei Ländern, die miteinander in Konflikt liegen, möglich ist. Sie ist als unparteiische Institution anerkannt und hat gezeigt, dass es möglich ist, eine gemeinsame Zukunftsvision zu entwerfen, der sich Parlamentarier jeglicher politischer Couleure anschließen können.

Die IPU, die anfangs unter der Führung europäischer Parlamentarier stand, hat sich nach und nach zu einer wahrhaft globalen Organisation weiterentwickelt, in der Parlamentarier aller Kontinente gleichberechtigt vertreten sind. Die Zahl der IPU-Mitglieder – Ende 2014 sind es 166 – steigt weiter an, was zeigt, dass es weltweit einen großen Bedarf an Demokratie gibt.

Auch die Werte der Organisation haben sich weiterentwickelt. Lautete ihr Ziel im Jahr 1889 noch „Frieden durch Dialog“, hat sich ihr Aufgabenfeld mittlerweile erweitert in dem Bewusstsein, dass Demokratie – wenn sie auf Grundsätzen wie der Gleichstellung von Männern und Frauen und der Achtung der Menschenrechte beruht – die beste Garantie für Frieden und Wohlstand ist.

Heute ist die IPU die Organisation, in der die öffentliche Meinung der Welt am besten zum Ausdruck kommt. Ihre Legitimation bezieht sie seit ihrer Gründung aus der Mitwirkung gewählter Volksvertreter und der Tatsache, dass ihre Mitglieder aus allen Teilen der Welt kommen.

Die IPU ist der Beweis dafür, dass es möglich ist, eine gemeinsame Zukunftsvision zu entwerfen, der sich Parlamentarier jeglicher politischer Couleure anschließen können. © Reuters / N. Doce, 2012

Die Erfindung multilateraler Zusammenarbeit

Ein wichtiger Beitrag für die Entwicklung des Völkerrechts

Noch vor den Vereinten Nationen (VN) und dem Völkerbund gab es bereits die Interparlamentarische Union. Als Ende des 19. Jahrhunderts die Spannungen zwischen den Staaten zunahmen, kamen vorausschauende Parlamentarier zusammen, um gemeinsam nach friedlichen Antworten auf Fragen der internationalen Sicherheit zu suchen.

Mit der Schaffung der Interparlamentarischen Union ging eine für die Diplomatie revolutionäre Idee einher: der Multilateralismus. Gemeinsam bewiesen die Parlamentarier, dass Krieg und Machtdynamiken in den internationalen Beziehungen nicht gottgegeben sind. Erstmals entstand so eine Organisation, die die ausdrückliche Aufgabe hatte, politische Probleme auf dem Verhandlungswege zu lösen.

Die IPU machte sich in der internationalen Politik sehr rasch bemerkbar. Ihre Mitglieder beteiligten sich an der Durchführung der internationalen Friedenskonferenzen von 1899 und 1907 in Den Haag. Sie schufen die Grundlagen für das Völkerrecht, wie wir es heute kennen. Im Jahr 1899 wurde der Ständige Schiedshof eingesetzt, auf dessen Grundsätze sich auch heute noch viele internationale Rechtsinstitutionen wie der Internationale Gerichtshof, der Internationale Strafgerichtshof und der Internationale Seegerichtshof berufen.

Der Erste Weltkrieg warf die IPU in ihrer Arbeit deutlich zurück, zeigte aber gleichzeitig auch, wie dringend notwendig es war, eine internationale Organisation zu etablieren, die zur Erhaltung des Friedens beiträgt. Die Diskussionen innerhalb der IPU waren ein entscheidender Schritt auf dem Weg zur Gründung des Völkerbundes im Jahr 1919.

Die IPU ist seit jeher eine Ideenschmiede für neue Formen der internationalen Ordnungspolitik. Heute setzt sie sich dafür ein, eine Brücke zwischen den nationalen Parlamenten und den Vereinten Nationen zu bauen und die internationalen Beziehungen zu demokratisieren.

Der Schweizer Bundespräsident Giuseppe Motta spricht vor der ersten Versammlung des Völkerbundes 1920 in Genf, bei dessen Entstehung die IPU eine entscheidende Rolle gespielt hat
© Vereinte Nationen in Genf





Politischen Dialog ermöglichen

Diskurs als Streitschlichtungsmöglichkeit und Quelle der Hoffnung

Ende des 19. Jahrhunderts waren Frankreich und Großbritannien alles andere als Verbündete. Das große Engagement britischer und französischer Parlamentarier bei der Gründung der IPU und das persönliche Vertrauensverhältnis, das zwischen ihnen im Laufe dieses Prozesses entstand, ebneten den Weg für den Abschluss der Entente Cordiale 1904.

Nach dem Ersten Weltkrieg war die IPU die erste Organisation, die es schaffte, ehemals verfeindete Völker an einen Tisch zu bringen. So trug sie später zur deutsch-französischen Aussöhnung bei.

In den 1970er und 1980er Jahren spielte die IPU eine wichtige Rolle im Entspannungsprozess in Europa. Viele Schlussfolgerungen der Parlamentarischen Versammlung der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa von 1975 wie die Anerkennung der Rechte von Frauen und nationalen Minderheiten sowie die Verurteilung aller Formen des Terrorismus gingen weit über das hinaus, was die Diplomaten vereinbart hatten.

Die Aktivitäten der IPU haben sich auch auf innerstaatliche Konflikte ausgewirkt. Als beispielsweise 2008 nach den Wahlen in Kenia Konflikte ausbrachen, brachte die IPU Parlamentarier der führenden politischen Parteien an einen Tisch. Sie bot ihnen die Möglichkeit, über den Dialog Gemeinsamkeiten zu finden und Streitigkeiten gewaltfrei beizulegen. Ein solcher politischer Dialog wird heute auch auf den Malediven sowie in Burundi, Sierra Leone und vielen anderen Ländern geführt.

Nur mithilfe des politischen Dialogs können Entscheidungen getroffen werden, die für alle Parteien akzeptabel sind und die Voraussetzungen für dauerhaften Frieden schaffen. Die IPU hat seit ihrer Gründung immer wieder bewiesen, dass der Dialog das beste Instrument zur Schaffung von Frieden ist.

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher dankte den britischen Parlamentariern in der IPU für die Organisation des Besuchs des späteren sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow, bei dem «konstruktive» Gespräche geführt wurden.
© Reuters / STR New, 1984

Demokratische Institutionen fördern

Der Fortschritt der Menschheit hängt unmittelbar mit der Demokratie zusammen

Als die Zahl der gewählten Parlamente nach dem Ersten Weltkrieg stieg, konnte man den Status der Demokratie in der Welt in immer stärkerem Maße an der IPU ablesen.

Ihre wachsende Vielfalt war Quelle lebhafter Debatten, aber auch Kontroversen. Im Jahr 1924 stand vor dem Hintergrund des Aufstiegs des Faschismus die Krise des parlamentarischen Systems im Mittelpunkt der Debatte. Die IPU war das erste internationale Gremium, in dem Lösungen gesucht und erörtert wurden. Allerdings führten die immer stärker divergierenden Auffassungen dazu, dass die IPU zu keiner gemeinsamen Haltung im Hinblick auf die Frage nach dem besten System für Frieden und Fortschritt kommen konnte.

Der Kalte Krieg brachte die Debatte über die politischen Systeme danach einige Jahrzehnte lang zum Erliegen. Angesichts der Pattsituation befasste sich die IPU vermehrt mit der Erarbeitung von Fachwissen in Bezug auf die Arbeitsweise von Parlamenten und richtete 1966 das Internationale Zentrum für Parlamentsdokumentation ein. Die Organisation wurde zu einem Kompetenzzentrum für das Wissen über parlamentarische Institutionen.

Von diesem Fachwissen, das über die technischen Kooperationsprogramme der IPU vermittelt wird, haben seit den 1970er Jahren mehr als 70 Parlamente profitiert. Die IPU-Mitglieder konnten das Fachwissen ihrer Parlamentarier und Bediensteten an andere Parlamente weitergeben und so den Aufbau moderner parlamentarischer Institutionen unterstützen.

Dabei haben die Parlamente von Reformstaaten beziehungsweise Ländern nach einem Konflikt – wie Myanmar oder Ägypten – Vorrang. Aber die IPU unterstützt alle Parlamente, die ihre Arbeitsweise verbessern wollen, zum Beispiel im Hinblick auf die Gleichstellung von Männern und Frauen und auf die Menschenrechte. Dies geschieht in so unterschiedlichen Ländern wie Bangladesch, Oman und Peru.

Die Förderung von Demokratie und Parlamenten ist im Laufe der Jahre zu einem zentralen Bestandteil des Auftrags der IPU geworden.

In einem demokratischen Parlament
müssen alle Stimmen der Gesellschaft
vertreten sein und gehört werden.
© Reuters / C. Wattie, 2008





EL VOTO ES LIBRE Y SECRETO

PRESIDENTE



DIPUTADOS FEDERALES



SENADORES



Standards für demokratische Parlamente schaffen

Parlamente als Motor der Demokratie

Die zwei Hauptaufgaben von Parlamenten sind die Gesetzgebung und die Kontrolle der Regierung. Es dauerte einige Jahre, bevor die IPU begann, präzisere Standards und Leitsätze für demokratische Parlamente zu entwickeln.

Nach dem Ende des Kalten Krieges bildeten die Erfahrungen, die die IPU im Rahmen ihrer Bemühungen um die Leistungsfähigkeit von Parlamenten in den 1970er und 1980er Jahren gesammelt hatte, die Grundlage für die Entwicklung dieser Standards und Leitsätze. Es war die Zeit, in der viele Länder neue Institutionen schufen und versuchten, die von anderen entwickelten guten Verfahren anzuwenden.

Mit ihrer Erklärung über die „Kriterien für freie und faire Wahlen“ legte die IPU 1994 erstmals die Standards und Leitsätze für deren Einhaltung fest. Dies erfuhr drei Jahre später mit der „Allgemeinen Erklärung zur Demokratie“ eine Fortsetzung – damit war die IPU die erste internationale Organisation, die den Begriff „Demokratie“ als Ideal und Ziel

der Gesellschaft und als Staatsform definierte. Die Erklärung stellte heraus, dass Demokratie auf dem Recht jedes Menschen beruht, sich an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten zu beteiligen, und ihr Ziel lautete, die Würde und die Grundrechte des Einzelnen zu schützen und zu fördern.

Im Jahr 2006 erschien der IPU-Bericht „Parlament und Demokratie im 21. Jahrhundert: ein Leitfaden für gute Verfahren“. Auf der Grundlage der Erfahrungen der Mitgliedsparlamente legte der Leitfaden die Kriterien für ein demokratisches Parlament fest: Es muss repräsentativ, transparent, zugänglich, rechenschaftspflichtig und effektiv sein. Diese Analyse war ein weiterer Meilenstein im Hinblick auf die effektive Evaluierung der erzielten Fortschritte und auf das, was für die Stärkung der Demokratie durch die Parlamente noch zu tun blieb. Die IPU hat darüber hinaus ein Selbstevaluierungsinstrument für die Leistungsfähigkeit von Parlamenten geschaffen, ein Konzept für gleichstellungsorientierte Parlamente entwickelt und Indikatoren für die Leistungsfähigkeit von Parlamenten formuliert.

Gleichstellung verwirklichen

Teilhabe am politischen und zivilgesellschaftlichen Leben

Die Entwicklung der IPU in Bezug auf die Gleichstellung von Männern und Frauen ist bemerkenswert. Während die Organisation anfangs das weltweit langsame Vorankommen von Frauen in der Politik weitgehend widerspiegelte, übernahm sie später die Führungsrolle bei der Forderung nach Gleichstellung in der Politik. Die Geschichte des Eintretens der IPU für die Gleichstellung der Geschlechter ist von Innovation, Mut und ehrlichem Engagement geprägt.

Bei der IPU-Konferenz 1921 in Stockholm wurden erstmals weibliche Delegierte begrüßt, die damals ein Prozent der Teilnehmer ausmachten. Heute sind etwa 30 Prozent der Delegierten bei IPU-Versammlungen weiblich.

Bereits in den 1920er Jahren erklärten die weiblichen Delegierten, dass bei allen Themen, über die bei den IPU-Versammlungen gesprochen wird – von der Abrüstung bis zum Drogenhandel – alle Stimmen gehört werden müssten.

In den 1960er Jahren verurteilten die Parlamentarierinnen Diskriminierung und forderten gleiche Rechte für Frauen. Im Jahr 1975 verabschiedete die IPU eine Entschließung zu diesem Thema. Darauf folgte die Einsetzung des „Gender Partnership Programme“ zur Unterstützung von Frauen auf nationaler Ebene.

Seit den 1970er Jahren stellen die IPU-Daten über die Zahl der weiblichen Abgeordneten eine einzigartige Informationsquelle für Politiker und Befürworter der Gleichstellung der Geschlechter dar, und häufig kommt es zu einem echten Wandel.

Die Institutionalisierung des Treffens der Parlamentarierinnen 1985 als fester Bestandteil von IPU-Versammlungen war ein weiterer Meilenstein. Im Jahr 2004 änderte die IPU als erste internationale Organisation ihre Geschäftsordnung, um dafür zu sorgen, dass Frauen in allen entscheidungsbehafteten Organen und nationalen Delegationen vertreten sind; bei Nichterfüllung werden Sanktionen verhängt. Der 2013 angenommene Aktionsplan für gleichstellungsorientierte Parlamente gibt der Arbeit der IPU und der Parlamente für die nächsten Jahre die Richtung vor.

Innerhalb der IPU ist mittlerweile unstrittig, dass alle politischen Themen beide Geschlechter betreffen. Die Befassung mit diesen Themen auf demokratische Weise muss im Geiste der Gleichstellung und Zusammenarbeit erfolgen. Die Gleichstellung von Männern und Frauen und die Demokratie sind untrennbar miteinander verbunden.

Tunesische Abgeordnete feiern gemeinsam drei Jahre nach dem Aufstand, mit dem der Arabische Frühling begann, die Verabschiedung einer neuen Verfassung. © Reuters / Z. Souissi, 2014





Die Verteidigung der Menschenrechte

Die Hüter der Demokratie schützen

Freie Meinungsäußerung ist für die Demokratie und die Parlamente von entscheidender Bedeutung. Die Rechte von Parlamentariern müssen garantiert sein, damit diese sich wiederum für die Rechte der Bürger einsetzen können.

Gleichwohl werden in vielen Ländern regierungskritische Parlamentarier als Bedrohung empfunden und müssen einen hohen Preis zahlen, wenn sie ihr Recht auf Redefreiheit in Anspruch nehmen. Attentate und Übergriffe auf Parlamentarier sowie Morddrohungen gibt es häufiger als man glaubt. Gleiches gilt für willkürliche Verhaftungen und Festnahmen, die häufig im Zusammenhang mit politisch motivierten Strafverfahren ohne Aussicht auf ein faires Gerichtsverfahren stehen.

Die IPU setzte 1976 den Ausschuss für die Menschenrechte von Parlamentariern ein, um solchem Missbrauch Einhalt zu gebieten.

Der Ausschuss ist einzigartig, da er sich ausschließlich mit Parlamentariern befasst. Er befolgt den Grundsatz der parlamentarischen Solidarität: „Was Dir heute passiert, kann

morgen mir passieren.“ Parlamentarier in aller Welt sind deshalb aufgefordert, ihren bedrängten Amtskollegen zu helfen. Kein Fall wird ohne zufriedenstellende Lösung zu den Akten gegeben. Diese Beharrlichkeit hat sich ausgezahlt. So trug der Ausschuss dazu bei, dass zehn Jahre nach der Ermordung des honduranischen Abgeordneten Miguel Angel Pavón Salazar im Jahr 1988 der Attentäter identifiziert, verhaftet, vor Gericht gestellt und verurteilt werden konnte.

Dies ist nur eine von vielen Erfolgsgeschichten. Der Ausschuss konnte tausende Parlamentarier aus aller Welt schützen und Wiedergutmachung für sie erlangen. Dies erfolgte beispielsweise durch Freilassung, Einstellung politisch motivierter Strafverfahren, Entschädigung, Untersuchung von Misshandlungen oder effektive rechtliche Maßnahmen zur Sicherstellung der strafrechtlichen Verfolgung der Täter.

Nachdem sich der Ausschuss anfangs nur mit einem Dutzend Fälle zu beschäftigen hatte, befasst er sich mittlerweile mit Fällen, die über 300 Parlamentarier betreffen. Dies verdeutlicht die fortwährenden Verstöße gegen die Rechte von Parlamentariern und die Notwendigkeit, sie zu schützen.

Der IPU-Ausschuss für die Rechte von Parlamentariern unterstützte erfolgreich die ehemalige indonesische Präsidentin Megawati Sukarnoputri in ihrer Zeit als Oppositionsführerin.

© Reuters / B. Beawiharta, 2009

Entwicklungen vorantreiben

Den positiven demokratischen Wandel gewährleisten

Die Debatten innerhalb der IPU über wirtschaftliche und soziale Themen haben sich parallel zu den sich verändernden Bedingungen in der Welt entwickelt. Gleichwohl gibt es in der IPU mehrere Konstanten: die Suche nach praktischen Möglichkeiten für den Ausbau der internationalen Zusammenarbeit, die Entwicklung des Völkerrechts und die Umsetzung einer demokratischen Dimension bei Entscheidungen.

Anfangs widmete sich die IPU schwerpunktmäßig dem Abbau von Handelshemmnissen. Die Vorschläge, die die IPU in den 1920er Jahren für eine europäische Zollunion und regionale Wirtschaftsabkommen vorlegte, deuteten bereits auf viele der Institutionen hin, die nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden sind.

Als sich immer mehr Mitglieder der Organisation anschlossen, erweiterte sich der Debattenhorizont in der IPU. In den 1930er Jahren verabschiedete die IPU Entschlüsse bezüglich der Notwendigkeit einer „weltweiten wirtschaftlichen Solidarität“ und sie befasste sich mit Themen wie Arbeiterrechten und sozialer Sicherung. Aufbauend auf ihrem früheren Engagement für internationale Schiedsverfahren und die Kodifizierung des Völkerrechts setzte sich die IPU nachdrücklich für den Rückgriff auf internationale Handels-

schiedsgerichte als einem friedlichen Mittel zur Beilegung von Handelsstreitigkeiten ein.

Diese Gedanken finden sich auch in der heutigen Zeit wieder. Dank einer gemeinsamen Initiative mit dem Europäischen Parlament zur Schaffung einer parlamentarischen Dimension bei der Welthandelsorganisation werden die Regeln des Welthandels seit 2002 demokratisch kontrolliert.

Im Laufe der Jahre hat sich die Etablierung einer parlamentarischen Dimension bei internationalen Angelegenheiten als äußerst wichtig erwiesen. Der gegenseitige Austausch gibt den Parlamenten bei internationalen Verhandlungen eine Stimme und bindet sie in die Umsetzung der internationalen Verpflichtungen der Staaten durch Gesetze und über Kontrollfunktionen ein.

Die Verabschiedung der Millenniumsentwicklungsziele im Jahr 2000 beispielsweise wurde durch die politische Unterstützung seitens der Parlamentspräsidenten gefördert. Seitdem arbeitet die IPU mit den Parlamenten im Hinblick auf nationale politische Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele eng zusammen.

Nachhaltige Entwicklung ist nach wie vor eine drängende politische Herausforderung, bei der Parlamentarier eine immer wichtigere Rolle spielen. © Reuters / A. Biraj, 2008





Einsatz für den Frieden

Das fortwährende Bemühen der IPU von ihren Anfängen bis heute

Die IPU-Gründer Frédéric Passy und William Randal Cremer waren in der internationalen Friedensbewegung aktiv. Was sie von anderen unterschied, waren die Leidenschaft für die Schiedsgerichtsbarkeit, der pragmatische Ansatz in Bezug auf die internationalen Beziehungen und ihre Position als gewählte Abgeordnete. Beide erhielten für ihre Arbeit den Friedensnobelpreis. Sechs weitere IPU-Führungspersönlichkeiten wurden in späteren Jahren auf ähnliche Weise ausgezeichnet.

Nach den Gräueln des Ersten Weltkriegs waren Friedensbemühungen wichtiger denn je. In den 1930er Jahren führte eine im Auftrag der IPU angefertigte Studie zu dem Ergebnis, dass ein neuer Krieg noch tödlicher und zerstörerischer als alle bisherigen Kriege sein und ganze Gesellschaften in Mitleidenschaft ziehen würde. Diese Warnungen stießen bei den damaligen autoritären Regimen auf taube Ohren. Als immer mehr parlamentarische Systeme Diktaturen

weichen mussten, beeinträchtigte dies auch die Fähigkeit der IPU, sich für internationale Verständigung einzusetzen. Die Organisation durchlief eine weitere tiefe Krise, als die Welt erneut in einen Krieg stürzte.

Der Begriff des Friedens änderte sich nach dem Zweiten Weltkrieg, und man konzentrierte sich jetzt eher darauf, die Risiken einer totalen Konfrontation zwischen den Supermächten zu begrenzen. Die IPU brachte die Delegationen aus Ost und West an einen Tisch und wurde so zu einem Vorreiter der Entspannungspolitik. Sie zeigte, dass der Dialog zwischen den beiden Blöcken möglich war, und sprach sich gleichzeitig für Abrüstung und friedliche Koexistenz aus.

Heute steht die IPU für einen umfassenden Friedensbegriff. Während sich die Ziele und Aktivitäten der IPU im Laufe der Jahre weiterentwickelt haben, steht die Vision ihrer Gründer, eine Welt ohne bewaffnete Konflikte zu schaffen, weiterhin im Mittelpunkt ihrer Arbeit.

Eine demokratische globale Ordnungspolitik

Das Demokratiedefizit in den internationalen Beziehungen beseitigen

Bereits 1906 stand die Idee der Einsetzung eines Weltparlaments auf der Tagesordnung der IPU. Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs fand die Vorstellung, dass die internationale Ordnungspolitik von Parlamentariern kontrolliert werden müsste, immer mehr Anhänger. Gleichwohl beruhte der Völkerbund auf einem intergouvernementalen Modell, in dem die Parlamente keinen Platz hatten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg verfolgte die IPU die Entstehung der Vereinten Nationen mit großem Interesse. Im Jahr 1947 wurden die Beziehungen der IPU zu der neuen Organisation formalisiert, als sie beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen den Beraterstatus erhielt. Sie entwickelte einen direkten Draht zum Generalsekretär der Vereinten Nationen und zu führenden Beamten, der auch heute noch existiert. Die IPU hat seitdem gemeinsam mit den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen, Programmen und Fonds ein umfangreiches Spektrum an Aktivitäten entwickelt.

Im Jahr 2000 berief die IPU anlässlich des Millenniums-Gipfels die erste Weltkonferenz der Parlamentspräsidenten am Sitz der Vereinten Nationen ein. In ihrer Erklärung stellten die Präsidenten fast aller Parlamente eine ambitionierte Agenda für die Sicherung einer parlamentarischen Dimension

für die Tätigkeit der Vereinten Nationen vor. In der daraufhin verabschiedeten Millenniums-Erklärung bekräftigten die Staats- und Regierungschefs ihren Wunsch, dass die Vereinten Nationen ihre Zusammenarbeit mit den Parlamenten über die IPU in allen Arbeitsbereichen stärken.

Zwei Jahre später verlieh die Generalversammlung der Vereinten Nationen der IPU den Status eines ständigen Beobachters und band sie 2005 eng an neu eingesetzte Gremien der Vereinten Nationen, die sich mit Friedenssicherung, Demokratie und Menschenrechten befassen. Dies wurde später auf weitere Tätigkeitsbereiche ausgeweitet.

Heute ist die IPU ein wichtiges Verbindungsglied zwischen nationalen Parlamenten, Staaten und internationalen Organisationen. In dieser Eigenschaft spielt sie eine innovative und immer deutlicher in den Vordergrund tretende Rolle bei der Demokratisierung der internationalen Ordnungspolitik.

Interparlamentarische Union

Chemin du Pommier 5
Case postale 330
1218 Le Grand-Saconnex
Genf - Schweiz
Tel.: +41 22 919 41 50
Fax: +41 22 919 41 60
postbox@ipu.org
www.ipu.org

Büro des Ständigen Beobachters der IPU bei den Vereinten Nationen

336 East 45th Street, Tenth Floor
New York, NY 10017
Vereinigte Staaten von Amerika
Tel.: +1 212 557 58 80
Fax: +1 212 557 39 54
ny-office@ipu.org

Copyright © Inter-Parliamentary Union (IPU), 2014

Alle Rechte vorbehalten. Ohne vorherige Genehmigung durch die IPU dürfen Auszüge aus dieser Veröffentlichung elektronisch, mechanisch, als Fotokopie, als Aufnahme oder mit anderen Mitteln oder in anderer Form weder reproduziert noch archiviert oder übermittelt werden.

Die Weitergabe dieser Veröffentlichung erfolgt mit der Maßgabe, dass sie ohne vorherige schriftliche Genehmigung der Herausgeber nicht in einer von der ursprünglichen Fassung abweichenden Form verliehen oder anderweitig – auch nicht kommerziell – verbreitet werden darf und dass der nächste Herausgeber dieselben Anforderungen erfüllen muss. Anträge auf Erteilung einer Genehmigung, die vorliegende Veröffentlichung ganz oder teilweise zu reproduzieren oder zu übersetzen, werden begrüßt und sind an die IPU zu richten. Die Mitgliedsparlamente und ihre parlamentarischen Institutionen können die vorliegende Veröffentlichung ohne vorherige Genehmigung reproduzieren oder übersetzen, werden aber gebeten, die IPU davon in Kenntnis zu setzen.

ISBN 078 -92-9142- 618 -8 (IPU)

Hintergrundrecherche: Martin Albers

Original: Englisch

Layout: Gaultier Collette, Genf;

Überarbeitung und deutscher Text: Deutscher Bundestag

© Public domain

Titelbild: Die Gründerväter der IPU und
Nobelpreisträger William Randal Cremer
und Frédéric Passy.

Unser Auftrag

Die Interparlamentarische Union (IPU) ist die Weltorganisation der nationalen Parlamente. Sie setzt sich für die Sicherung des Friedens ein und bringt mithilfe politischen Dialogs und konkreter Maßnahmen den positiven demokratischen Wandel voran.



Inter-Parliamentary Union
For democracy. For everyone.